

Statement von Stadtrat und Kämmerer Christian Zierau: "Kommunales Handeln in neuen Zeiten"

Ratsversammlung am 15. Dezember 2022 - Haushaltsplan-Entwurf 2023

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Mitglieder der Ratsversammlung, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Mitarbeitende, liebe Zuhörende.

I.

Der Begriff "Zeitenwende" ist von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum Wort des Jahres 2022 gekürt worden. Der Begriff steht im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und wurde unter anderem von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) aufgegriffen und geprägt: "Der russische Überfall auf die Ukraine markiert eine Zeitenwende. Er bedroht unsere gesamte Nachkriegsordnung", hatte er Ende Februar gesagt.

Und ja, es sind schwierige Zeiten: die Corona-Pandemie steckt uns allen noch in den Knochen und wir mussten in diesem Jahr fortgesetzte Krisen und Herausforderungen meistern. Unsicherheiten sind vielfältig und verbreitet. Insbesondere die Gleichzeitigkeit von Ereignissen und die für alle so spürbare Beschleunigung zerrt und führt zu Polarisierung in der Gesellschaft. Ich nehme in einem höheren Maße Gefühle wie Ärger, Wenn-Dann-Aussagen, Härte, Abgrenzung, Druck und Gegendruck wahr, die Zuspitzung und Eskalation nach sich ziehen.

Das lässt auch Menschen, die für eine progressive und menschliche Gesellschaft stehen, streiten und manchmal leider auch verzweifeln. Die Menschen brauchen jetzt Sicherheit und Orientierung. Solidarität steht sichtbar gegen Egoismus. Gemeinschaft gegen Einzelne. In diesen Zeiten muss der Staat, mit all seinen Ebenen und Akteuren funktionieren und ein sicherer, erreichbarer Hafen sein. Das bedingt auch, dass demokratische Leistungsversprechen, wie sie fortgesetzt durch Besprechungen des Bundeskanzlers mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder (sog. MPKKonferenzen) vereinbart werden, praktisch umgesetzt werden, dann erst wird staatliches Handeln konkret. Und dieses wird - leider meistens noch analog und nicht digital - auf der kommunalen Ebene geleistet. Die Bürger*innen kommen ins Rathaus - in ihre Kommune – klopfen hier an und wollen die Leistung erhalten. Vor dem Bundeskanzleramt in Berlin machen die Menschen Selfies und wo die Staatskanzlei Schleswig-Holstein residiert, wissen nur Insider.

Sagen wir es in aller Deutlichkeit: Kommunen haben in der Pandemie in einem sehr hohen Maße kompensiert. Kommunen in Deutschland müssen bereits seit langem kompensieren, weil es hier vor Ort bei den Menschen ankommt. Auch jetzt sind wir gefragt, die Erwartungen sind hoch, Herausforderungen riesig, Inhalte komplex und es geht so rasant ab, wie selten zuvor. Einige Beispiele:

- Das Wohngeld-Plus-Gesetz vervierfacht mit kurzem Vorlauf bereits zum 1. Januar 2023 die Anzahl der anspruchsberechtigten Haushalte in der Landeshauptstadt. Wir benötigen Personal und geeignete Räumlichkeiten. Verantwortungsübernahme von Bund und Land - im Sinne von "Konnexität": wer bestellt, bezahlt! - bisher Fehlanzeige!
- Die Anzahl der Menschen, die eine Einbürgerung begehren, ist hoch und wird durch aussichtsreiche Gesetzes-Initiativen im Bund in 2023 sehr wahrscheinlich noch höher. Verantwortungsübernahme von Bund und Land: bisher Fehlanzeige! Vielmehr hat die Landesregierung ihre Einbürgerungskampagne Ende 2021 sang- und klanglos auslaufen lassen (was die bis dahin 2,5 refinanzierten Stellen für die Landeshauptstadt Kiel wegfallen ließ).
- Wir schauen in diesen Tagen auch wieder auf unsere Krankenhäuser. In Schleswig-Holstein haben das Diako Krankenhaus Flensburg und die ImlandKlinik im Nachbarkreis Rendsburg-Eckernförde Insolvenz beantragt. Die Not ist groß, das zeigen auch die Zahlen unseres Städtischen Krankenhauses. Ich bin froh, dass wir hier gemeinsam (Selbstverwaltung und Verwaltung) seit langem bereits Verantwortung auch ausgedrückt in Euro wahrnehmen, wo andere nur reden. Verantwortungsübernahme von Bund und Land: bisher Fehlanzeige!

[Anrede]

In praktisch allen Politikfeldern ist die Ausweitung von Leistungen Programm:

ob Kita, Verkehrswende (9-Euro-Ticket), auch im Rettungsdienst (Überlasten), Katastrophen- und Bevölkerungsschutz (Warn-Sirenen) oder klassische Verwaltungsdienstleistungen (Führerschein-Pflicht-Umtausch). Alles fordert Ressourcen und muss oft in wenigen Wochen bewegt werden. Und: wir sind agil und agieren, reagieren in diesen Zeiten so schnell wie noch nie. Wir haben alles hier vor Ort auf dem Schirm, wir Kommunen kompensieren: bei Wohngeld, Einbürgerung, Krankenhaus, und bei viel kleinen wie großen Anliegen. Aber wir sind hier – zugegebenermaßen - auch am Anschlag, was wir leisten können.

II.

Die Zeitenwende scheint mit Blick auf die Haushalte bei Bund und Land die Summen größer werden zu lassen. Das Sondervermögen Bundeswehr zur Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit beträgt 100 Mrd. Euro. Der Landtag Schleswig-Holstein hat in dieser Woche mit einem Nachtragshaushalt die Aufstockung des Ukraine-Notkredits um eine Milliarde Euro auf 1,4 Milliarden beschlossen.

Die Zeitenwende bedeutet für die Kommunen und ihre Haushalte bisher einfach nur noch mehr zu kompensieren als bisher. Wir sind gezwungen Defizite, aufgelaufene und neue Verschuldung zu erklären, jahrzehntelange Versäumnisse aufzuarbeiten, Transformation zu gestalten und für die Bürger*innen funktionierende Angebote zu gewährleisten.

Kommunen müssen aber für ihre notwendige dauerhafte Handlungs- und Reaktionsfähigkeit vor Ort gestärkt werden. Kompensieren muss mit Resilienz einhergehen!

III.

Mit dem vorgelegten Etat-Entwurf investieren wir im Haushaltsjahr 2023 in einer Gesamthöhe von rund 164 Millionen Euro (Vorjahr rund 139 Millionen Euro), wobei davon rund 125 Millionen Euro (Vorjahr rund 117 Millionen Euro) fremdfinanziert werden müssen. Investitionen sind grundlegende Voraussetzung für das Gelingen von Transformation und gesellschaftlichem Wandel und im Angesicht eines millionenschweren Sanierungsstaus in allen städtischen Aufgabefeldern dringend geboten.

Wir investieren in den Bau von Schulen, Sporthallen, Kindertagesstätten, Feuerwehrund Rettungswachen, den Ausbau der Mobilitäts-Infrastruktur und städtischer IT. Die gute Nachricht: wir kommen besser voran als in den letzten Jahren und werden in 2022 eine Umsetzungsquote von über 70% erreichen.

Investitionen ermöglichen die "Stadt der Zukunft" und ich bin trotz des hierfür notwendigen Finanzvolumens auch optimistisch, dass wir in Kiel (mit entsprechenden Fördermitteln) die Stadtbahn auf die Schiene bekommen.

IV.

Im Ergebnishaushalt planen wir ein Defizit von 56 Mio. Euro (Stand: Nachmeldeliste) und liegen damit besser als mit dem im letzten Jahr verabschiedeten Etat (-85 Mio. Euro) bzw. dem im September beschlossenen Nachtrag 2022 (-58 Mio. Euro). Grund für diese Entwicklung ist insbesondere die gute Entwicklung der Steuererträge, sodass wir hier ab 2023 die Veranschlagung vertretbar nach oben korrigieren (zum Beispiel die Gewerbesteuer: 156 Mio. Euro statt 124 Mio. Euro).

Der Druck bleibt im Ergebnishaushalt auf der Aufwandsseite. Insbesondere beim Personalaufwand müssen wir sehr genau hinschauen, da Tarifverhandlungen für TVöD und TV-L in 2023 anstehen und bereits sehr hohe Forderungen auf dem Tisch liegen (TVÖD -> rund 15 Prozent gegenüber 2 Prozent in der Veranschlagung). Ich erwarte hier ein maßvolles und finanzierbares Ergebnis, um insbesondere die Umsetzung unser Personalstrategie nicht zu gefährden. Denn wir haben in den letzten Wochen richtigerweise viel über Personal gesprochen. Wir sehen, dass wir bereits in der nächsten Krise - im "Arbeitskräftemangel" - mittendrin stecken. Die Auswirkungen beim Bäcker, bei der Bahn oder bei der Post sind deutlich sichtbar.

Im Namen aller Mitarbeitenden bin ich dankbar, dass diese Ratsversammlung klassischer Konsolidierung die "Rote Karte" gezeigt hat und wir eine Personalstrategie bereits seit mehreren

Jahren wirksam umsetzen und auf neuen Wegen, wie zum Beispiel mit den Flexiblen Stellen, unterwegs sind. Das wird sich in den folgenden Jahren für uns in Kiel mehr als auszahlen.

Der Haushalt soll in jedem Jahr ausgeglichen sein (§ 75 Abs. 3 GO SH). Kommt die Zeitenwende auch bei der Kommunalaufsicht im Innenministerium an? Konsolidierung und Aufgabenkritik sind hier unablässige Forderung und eingeübtes Ritual, kompensieren kommt dort nicht vor. Sie wissen, dass auch ich die Überzeugung vertrete, dass wir in den nächsten Jahren das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts im Auge behalten und gemeinsam Anstrengungen unternehmen müssen.

Wir brauchen hier aber weder Fatalismus noch "es wird schon"-Parolen, sondern schlicht und gerade unter diesen besonderen Umständen Besonnenheit und Akribie. Fakt ist: die Jahresergebnisse 2016 bis 2020 fielen allesamt positiv aus (+220 Mio. Euro) und auch das Jahresergebnis 2021 mit einem Defizit von rund 13 Mio. Euro war wesentlich besser als ursprünglich geplant. Vergleichbar wird es in diesem Jahr ausfallen. Insofern war "Kurs halten" in diesen unsicheren Zeiten bis hierher richtig. Jetzt muss es weiter "Schritt-für-Schritt" vorangehen.

Konsolidierung und harte Einschnitte würden jetzt aber nur die Unsicherheiten und damit auch die Krise verstärken. Kompensierer müssen vielmehr gestärkt werden, denn die Handlungs- und Reaktionsfähigkeit darf nicht abhandenkommen. Im Übrigen sind wir als Kommune nicht allein. Mit uns kompensieren eine Vielzahl kleiner und großer Einrichtungen, Träger und Zuwendungs- empfänger*innen. Ich finde es richtig in diesen Zeiten wirksame Strukturen zu stärken!

Die Maßnahmen aus dem letzten Jahr, wie der Anmiet-Stopp und das temporäre Aussetzen des eigenfinanzierten Stellenaufwuchses in 2022, waren vor einem Jahr vertretbar und wirken strukturell aufwandsmindernd auch in signifikanter Höhe in 2023 fort. Verantwortung wahrnehmen heißt aber auch, hier keine Dogmen zu verkünden, sondern jedes Jahr eine neue Bewertung vorzunehmen. Unter den skizzierten Rahmenbedingungen sind diese Maßnahmen für 2023 nicht wiederholbar!

٧.

Zeitenwende wird verstanden als: "Was gebraucht wird, das wird getan." Einige sagen, sie seien die "Letzte Generation", die noch etwas ändern kann. Mir ist das zu passiv, mich überzeugt das nicht. Stattdessen sollten wir uns vielmehr als erste Generation begreifen, die alte Denkpfade und liebgewonnene Glaubenssätze im Angesicht dieser Zeitenwende verlässt, um eine wirklich lebenswerte Zukunft zu schaffen. Mit Kommunen als gestärkte Kompensierer besteht eine große Chance es für die Menschen jetzt besser zu machen. Das würde heißen:

- Den unendlichen Herausforderungen setzen wir Prioritäten und Wirksamkeit entgegen.
- Gegen die großen Sorgen und Nöte steht an gesellschaftlichen Zusammenhalt zu organisieren.
- Dem Gefühl, dass es klemmt und nicht vorangeht, dürfen wir den Mut zur Veränderung entgegenstellen und uns raus aus der Komfortzone bewegen.

[Anrede]

Dieser Haushaltsplan-Entwurf mit knapp 1,3 Milliarden Euro ist solide.

Zusammengefasst im Fußballslang (Giovanni Trapattoni): "Wir haben nicht Flasche leer, sondern Flasche voll. Wir haben nicht fertig, sondern wir fangen an". Alle Kieler*innen profitieren von dem in diesem Haushaltsplan etatisierten Maßnahmen und Projekten.

Danke für die bisherigen einvernehmlichen Beratungen, ich bin auf die Debatten heute gespannt und ich bitte um Ihre Zustimmung für den Haushalts- und Stellenplan-Entwurf 2023.

Vielen Dank.